

<p>Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl in Leipzig 2014</p>	<p>Wie stehen Sie selbst zum Thema Privatsphäre und der Wechselwirkung zwischen Freiheit und Sicherheit?</p>	<p>Welche Stellung hat das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung heute noch, d. h. vor dem Hintergrund von Zensus, Vorratsdatenspeicherung und der NSA-Affäre?</p>	<p>Die Parteien nehmen in herausgehobener Weise am Prozess der öffentlichen Meinungsbildung teil. Wie will Ihre Partei den Austausch über die Themen Sicherheit, Freiheit, Privatsphäre und Datenschutz führen bzw. unterstützen?</p>	<p>Wie will Ihre Partei die Daten der Leipziger Bürgerinnen und Bürger vor Meldedatenhandel, RFID-Chips und Überwachung schützen?</p>	<p>Wie steht Ihre Partei zum Thema Kameraüberwachung und Funkzellenabfrage?</p>	<p>Ergreifen Sie selbst oder ergreift Ihre Partei Maßnahmen, um sich sicher im Internet zu bewegen (z. B. verschlüsselte Mail, Festplatten, etc.)?</p>	<p>Ist die andauernde Kameraüberwachung des öffentlichen Raumes alternativlos? Was bringt die massenhafte und flächendeckende Überwachung von Offline- wie Online-Kommunikation im Kampf gegen Kriminalität? Weshalb wird Ihrer Meinung nach so selten über andere Möglichkeiten der Sicherheitspolitik nachgedacht?</p>
<p>Piraten</p>	<p>Der private Bereich gehört unangetastet. Er ist ein Rückzugsraum, in den Menschen zurückweichen können, um sich von sozialem Stress zu erholen. Sicherheit darf Freiheit nur in dem Maße einschränken, wie es für das Zusammenleben in der Gesellschaft absolut notwendig ist. Freiheit heißt, von anderen akzeptiert zu werden, wie auch andere zu akzeptieren.</p> <p><u>Dabei darf auch der nicht-private Bereich nicht vergessen werden, der ebenso einen hohen Schutz genießen muss, beispielsweise die Arbeit von Journalisten, Anwälten, Seelsorgern, Gewerkschaften und politischen Bewegungen.</u> Auch hier greifen Überwachungsmaßnahmen unverhältnismäßig oft und tief ein.</p>	<p>Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung ist eine notwendige Voraussetzung der Demokratie – wer sich überwacht fühlt, ist gehemmt, seine Rolle als mündiger Bürger auszuüben. Und gerade jetzt muß diesem Grundrecht eine herausgehobene Stellung zukommen.</p> <p>Die Volkszählung ist ein Wunsch-Instrument der Statistiker, um Bevölkerungsdaten zu erheben und planerisch sowie politisch auszuwerten. Jedoch fordern wir, Alternativen zu finden, die verhindern, dass Bürger unter Zwang und ohne Anonymität Auskunft über ihre höchstpersönlichsten Lebensverhältnisse geben müssen.</p> <p>Davon abgesehen gibt es in unserer Gesellschaft nur eine "NSA-Affäre", sondern ein generelles Überwachungsproblem.</p> <p><u>Die seit 2013 bekanntgewordenen Überwachungsaktivitäten durch Geheimdienste sind viel umfassender als dass man sie nur auf die Tätigkeit der NSA reduzieren kann.</u></p>	<p>Die genannten Themen sind unsere sogenannten Kernthemen und der Grund, warum sich die Piratenpartei einst gründete. Insofern haben diese Themen natürlich einen besonderen Stellenwert in unserer politischen Arbeit. Wir führen einen ständigen Austausch und unterstützen die öffentliche Meinungsbildung. Nicht nur indem wir Alternativen zu Grundrechtseingriffen aufzeigen, sondern auch indem eine aktive Opposition zu der nicht erst seit 2001 vorherrschenden, sicherheitsbetonten Politik bieten.</p>	<p>In allererster Linie durch stetige Aufklärung, auch mit thematischen öffentlichen Veranstaltungen und Workshops. Wenn die Leipziger verstehen, welchen Wert ihre Daten haben, wächst vielleicht auch das Bewußtsein, wo sie ihre Daten anderen zur Verfügung stellen und wie sie dies, etwa durch Widersprüche, verhindern können.</p> <p><u>Gegen aktive RFID-Chips müssen Bundesgesetze eingebracht werden,</u> diese Problematik lässt sich auf kommunaler Ebene nicht lösen. Denkbar wäre, daß RFID-Chips beim Verlassen des Ladens oder der Einrichtung zu deaktivieren bzw. zu zerstören sind. Das Problem liegt hier aber auch darin, daß RFID-Chips schon innerhalb des Ladens Rückschlüsse auf eine Person zulassen, indem z.B. der Weg des Kunden durch das Kaufhaus verfolgt wird bzw. indem die RFID-gechipte, erworbene Ware mit den ec-Kartendaten des Kunden verknüpft wird.</p>	<p>Die Überwachung durch Kameras und die Abfrage von Funkzellendaten haben sich nicht nur als ineffektive Instrumente für die Strafverfolgung herausgestellt, darüber hinaus gaukeln sie auch noch eine Sicherheit durch Abschreckung vor, die nicht existiert. Deshalb gilt für die Piratenpartei ganz klar: Überwachung stoppen! Für Leipzig bedeutet das konkret, dass sowohl die Kameraüberwachung in den Bussen und Bahnen der LVB als auch die Kameras im öffentlichen Raum abzuschalten sind.</p> <p><u>Darüber hinaus müssen wir darauf hinwirken, privat betriebene Überwachungskameras auf ihre Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit zu prüfen</u> und gegebenenfalls deren Betriebserlaubnis zu entziehen. Öffentlicher Raum darf in jedem Fall auch von privaten Kameras nicht erfasst werden.</p>	<p>Jeder Mensch, innerhalb und außerhalb der Piratenpartei, ist angehalten, für seine eigene Datensicherheit zu sorgen. Wir unterstützen Menschen, die dies tun wollen dabei, indem wir Informationsabende veranstalten und mit entsprechend ausgerichteten Gruppierungen zusammenarbeiten. Für die Sicherheit unserer innerparteilich genutzten Computersysteme haben wir eine fähige IT.</p>	<p>Überwachung mit Kameras erscheint natürlich als ein bequemer Weg, Aktionismus zu zeigen. Ihre Anschaffung ist viel einfacher und billiger als langwierig die Standards einer Gesellschaft zu verbessern. Zudem täuscht eine öffentlichkeitswirksame installierte Überwachungskamera natürlich auch darüber hinweg, dass in wirklich wichtigen Sicherheitsbereichen massiv gekürzt wird.</p> <p>Aber nichts ist alternativlos, sofern existierende Alternativen gewollt und gesucht werden. Dass Überwachung nur klägliche Ergebnisse bringt, ist hinlänglich durch Statistiken, Untersuchungen und Evaluationen erforscht worden. <u>Kriminalität kann nicht durch Symbolpolitik bekämpft werden, sondern nur durch gute Bildung, hohe soziale Standards und mehr Personal bei der Polizei für Prävention, Streife und Aufklärung.</u></p>
<p>BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN</p> <p>Carolyn Waegner</p> <p>Vorstandsmitglied von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Leipzig, Sprecherin des grünen Arbeitskreises Demokratie und Zivilcourage, zuständig für Ordnungs- und Sicherheitsfragen</p>	<p>Freiheit wird als ein wesentliches menschliches Grundrecht in Artikel 2 des Grundgesetzes garantiert.</p> <p>Freiheit kann nicht ausschließlich durch Überwachungsmaßnahmen im Sinne einer vermeintlichen Sicherheit garantiert werden, sondern setzt ebenfalls die Freiheit und den Schutz vor staatlicher Repression voraus. Freiheit ist ein Grundrecht, das die Menschen vor Überwachung schützen muss.</p>	<p>Begründet wurde das Grundrecht durch die Gefährdung der freiheitlichen Grundordnung infolge nicht kontrollierbarer und unbeherrschbarer Datensammlung mit Hilfe moderner Informationstechniken.</p> <p>Auch wenn das Grundrecht weiterhin formal besteht, wurde es de facto schon lange ausgehebelt. Wir leben in einer Zeit der Massenüberwachung. Auch polizeiliche Überwachungsmaßnahmen werden nicht nur in genehmigten Fällen verwendet, sondern vielfältig zur Überwachung von Personen eingesetzt.</p>	<p>In unserer Veranstaltungsreihe „Freiheit, Ordnung, Sicherheit.“ haben wir uns intensiv und öffentlichkeitswirksam mehrere Monate mit Aspekten der Überwachungsstaatlichkeit auseinandergesetzt sowie auf damit verbundene Probleme und Risiken hingewiesen.</p> <p>Außerdem haben wir Antworten auf die Frage gesucht wie die Sicherheitslage auch und gerade in Leipzig verbessert werden kann.</p>	<p>Wir setzen uns für die Einhaltung des Datenschutzes durch die Verwaltung ein. Der beständig wiederkehrende Wunsch nach Verkauf von Daten an Telefonbuchverlage zeigt, dass hier großer Handlungsbedarf besteht. Personalisierte Daten dürfen nicht von der Verwaltung verkauft werden. Jeder Leipziger muss ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass er das Einverständnis zur Weitergabe seiner privaten Daten durch die städtische Meldebehörde verweigern kann.</p>	<p>Funkzellenabfrage zur Erhebung und Auswertung von Handydaten muss stark eingeschränkt werden. Wir haben bereits mehrfach erlebt, wie die Funkzellenabfrage völlig unverhältnismäßig und ohne Notwendigkeit eingesetzt und massenhaft Daten erhoben und ausgewertet wurden. In einem demokratischen System darf es so etwas nicht geben. Wir fordern des Weiteren die Abschaffung von Überwachungskameras im öffentlichen Raum.</p>	<p>Wir empfehlen allen Nutzern den Umstieg auf offene Betriebssysteme und verwenden auch selbst das Linux-System, um weitestgehend gegen Trojaner und anderweitige Überwachung geschützt zu sein.</p>	<p>Kameraüberwachung führt nur zu einer räumlichen Verschiebung von Kriminalität, nicht aber zu einer Verbesserung der objektiven Sicherheitslage. Für diese Verschiebung wird ein tiefer Einschnitt in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung hingenommen. Dazu kommen die Kosten der Maßnahme, die außerhalb des Erfolgs stehen.</p> <p>Die verstärkte Präsenz von ansprechbaren und bürgernahen Polizeibeamten wäre das Mittel um sowohl die gefühlte als auch objektive Sicherheitslage zu verbessern. Um aber Personalkosten zu sparen und der Bevölkerung trotzdem Sicherheit zu suggerieren, werden massenhaft Kameras eingesetzt.</p>
<p>SPD</p> <p>Christopher Zenker,</p> <p>stellvertretender Stadtchef im Stadtrat</p>	<p>Das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf Privatsphäre und der Aufgabe des Staates, die Sicherheit und die öffentliche Ordnung zu gewährleisten, stehen oft in einem schwierigen Spannungsverhältnis. Für uns steht fest: Die Rechte der Bürgerinnen und Bürger müssen sowohl vor nicht vertretbaren staatlichen Eingriffen, aber auch vor der unberechtigten Sammlung von Daten durch private Unternehmen geschützt werden. Mit den richterlichen Entscheidungen zur Vorratsdatenspeicherung und dem sogenannten „Recht auf Vergessen“ wurden hier in der jüngeren Vergangenheit die Bürgerrechte gestärkt.</p>	<p>Das Grundrecht auf Datenschutz darf kein Luxus sein, sondern ist zwingende Voraussetzung für das Funktionieren der demokratischen Gesellschaft. In Zeiten immer rasanterer technischer Entwicklungen und scheinbar grenzenloser Massenüberwachung lautet unser klares Ziel deshalb: Wir müssen zum weltweiten Vorreiter des Schutzes digitaler Bürgerrechte werden. Aus diesem Grund müssen wir die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher an die neuen Gegebenheiten anpassen. Vertrauen in den Schutz von Daten ist eine Voraussetzung für die weitere Entwicklung digitaler Dienstleistungen.</p>	<p>In der jüngeren Vergangenheit haben die Themen Überwachung, Sicherheit und Freiheitsrechte die öffentliche Diskussion bestimmt. Wir wollen in diesem Bereich eine Versäglichung der Debatte. Wir setzen uns dafür ein, dass die Sicherstellung der bürgerlichen Freiheiten auf der einen Seite und der berechnete Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach Sicherheit und die Eingriffsmöglichkeiten des Staates, um diese Sicherheit zu gewährleisten, auf der anderen Seite, in ein ausgewogenes Verhältnis gesetzt werden. Was wir nicht brauchen können, ist der hysterische Ruf nach Überwachungsmöglichkeiten und die damit einhergehende Einschränkung der Freiheitsrechte. Nichtsdestotrotz nehmen wir ein möglicherweise schwindendes Sicherheitsempfinden der Menschen ernst.</p>	<p>Wir sehen den Handel mit den Meldedaten der Leipzigerinnen und Leipziger kritisch und begrüßen deshalb, dass im neuen Bundesmeldegesetz vorgesehen ist, dass es keinen Automatismus für die Weitergabe von personenbezogenen Daten mehr geben wird. Ab Mai 2015 können die Bürgerinnen und Bürger einer Weitergabe ihrer Daten zustimmen, wenn sie dies wünschen. Und das ist aus unserer Sicht der richtige Weg. Die Ausnahmeregelungen beispielsweise für Parteien und Adressbuchverlage sind aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar, denn hier sollte auch eine Zustimmung statt eines Widerspruchs notwendig sein. Wer schon jetzt verhindern möchte, dass seine Adressdaten weiterhin verkauft werden, sollte umgehend ins nächste Bürgeramt gehen und einer Weitergabe widersprechen. RFIDChips sehen wir nicht als Problem an, wenn sie beispielsweise in Bibliotheken oder Verwaltungen zur Bestandsprüfung und –sicherung genutzt werden. Die Regelungen zu RFIDChips</p> <p>in Ausweisdokumenten hingegen sind Bundesangelegenheit und können in der Kommune nicht geändert werden. Die Stadt ist hier lediglich im Auftrag des Bundes tätig. Dessen ungeachtet haben wir eine kritische Haltung zu dieser Technik, weil sie ein Überwachungsrisiko darstellt. Die persönliche Freiheit jedes Einzelnen ist das höchste Gut einer Demokratie und die muss auch hier gewahrt bleiben.</p>	<p>In der Frage der Videoüberwachung ist für uns eines klar: Sie stellt kein Allheilmittel dar, weder im Kampf gegen Terrorismus noch gegen Klein- und Alltagskriminalität. Ritualisierte Rufe nach pauschaler Ausweitung und Erleichterung von Videoüberwachung lehnen wir deshalb auch ab.</p> <p>Vielmehr kann Videoüberwachung nur bei einer klar begründeten Notwendigkeit Teil eines Sicherheitskonzeptes sein. Freiheitseinschränkungen durch quasi flächendeckende Videoüberwachung – sei es durch private oder öffentliche Stellen – wollen wir nicht.</p>	<p>Wir setzen auf einigen Bürorechnern Festplattenverschlüsselung ein, insbesondere natürlich bei tragbaren Computern. Einige Betriebssysteme wie Linux bieten dafür komfortable und sichere Möglichkeiten. Leider hat sich Email-Verschlüsselung auf PGP-Basis (noch) nicht durchsetzen können. Einige unserer Abgeordneten nutzen diese Möglichkeit. Auf Nachfragen erhalten Sie von einigen Wahlkreisbüros unserer Abgeordneten aber den öffentlichen Schlüssel und somit die Möglichkeit, PGP-verschlüsselte Mails zu schicken.</p>	<p>Für die SPD steht der Schutz der bürgerlichen Freiheiten ganz klar im Vordergrund. Eine dauerhafte Überwachung des öffentlichen Raums und die massenhafte Datenüberwachung stellt für uns kein Allheilmittel zur Kriminalitätsbekämpfung dar. Es kann gute Gründe für eine Kameraüberwachung an besonders sensiblen Orten beziehungsweise Kriminalitätsschwerpunkten geben, doch sollte diese nie dauerhaft und immer gut begründet sein. Auch eine Überwachung von Kommunikationsdaten sollte immer nur das letzte Mittel der Verbrechensbekämpfung darstellen und einen engen zeitlichen Beschränkung unterliegen. Wir unterstützen vielmehr eine präventive Verbrechensbekämpfung.</p>